Deutscher Bundestag **Drucksache 21/8152**

21. Wahlperiode 23.09.2026

Antrag

der Abgeordneten Robin Wagener, Agnieszka Brugger, Deborah Düring, Dr. Anton Hofreiter, Claudia Roth, Dr. Sebastian Schäfer, Sara Nanni, Jeanne Dillschneider, Ayse Asar, Julian Joswig und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

85 Jahre Massaker von Babyn Jar – Deutschlands historische Verantwortung für die Ukraine

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland trägt eine besondere historische Verantwortung für die Ukraine und den Frieden in ganz Europa. Unter den Sowjetrepubliken wurde die Ukraine während des Zweiten Weltkriegs am längsten besetzt, hatte bis zu 8 Millionen zivile und militärische Opfer zu beklagen und war Schauplatz unzähliger deutscher Kriegsverbrechen. Zugleich hatte das Land mit etwa 6 Millionen ukrainischen Soldaten in der Roten Armee einen erheblichen Anteil am Sieg der Alliierten über die deutsche Nazi-Diktatur und damit an der Befreiung Deutschlands. Dieser Geschichte und der daraus resultierenden historischen Verantwortung Deutschlands muss stärker Rechnung getragen werden.

Die Geschichte der Ukraine im 20. Jahrhundert ist geprägt von einer Abfolge vielfältiger menschenverachtender Verbrechen und tiefgreifendem Leid. Das Gebiet der heutigen Ukraine gehörte zu den wichtigsten Schauplätzen des post-imperialen Kriegs nach dem Zusammenbruch des russischen Zarenreiches, dessen ehemaligen Territorien die Bolschewiki ab 1918 zu großen Teil eroberten. Wenige Jahre später wurden große Teile der Ukraine zum Ort des von Stalin befohlenen Terrors und einer bewusst herbeigeführten verheerenden Hungerkatastrophe, dem sogenannten Holodomor. Der Holodomor (von ukrainisch „holod“ – Hunger; „moryty“ – umbringen) beschreibt die gezielte und massenhafte Tötung durch Hunger, der Millionen Menschen in der Ukraine zum Opfer fielen. Der massenhafte Hungertod war keine Folge von Missernten, sondern von der politischen Führung der Sowjetunion unter Josef Stalin verantwortet. Aus heutiger Perspektive liegt eine historisch-politische Einordnung des Menschheitsverbrechens Holodomor als Völkermord nahe. Es ging Stalin und seinen Gehilfen darum, der Ukraine das nationale Rückgrat zu brechen und sie in die endgültige Unterwerfung zu zwingen.

Mit dem sog. Hitler-Stalin-Pakt von August 1939, der den Beginn des Zweiten Weltkriegs markiert, wurde die Ukraine – wie auch Polen, das Baltikum und Moldau – zum Opfer imperialer geopolitischer Machtpolitik. Dieser Pakt war der grausame Höhepunkt eines gemeinsamen deutsch-russischen Imperialismus auf Kosten der Menschen und Länder in Ostmitteleuropa. Als deutsche und sowjetische Truppen Polen besetzten, fiel Ostgalizien, heute Teil der Westukraine, unter sowjetische Kontrolle. Der

Krieg des nationalsozialistischen Deutschlands gegen Ostmittel- und Osteuropa war dabei von einer besonderen Radikalität geprägt. Er wurde nicht allein gegen gegnerische Soldatinnen und Soldaten geführt, sondern ausdrücklich auch gegen die Zivilbevölkerung. Staaten sollten zerstört, Gesellschaften ausgelöscht und Menschen versklavt oder ermordet werden. Ein zentrales Element dieser Politik war die systematische, massenhafte Ermordung der jüdischen Bevölkerung.

Mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 wurde auch die Ukraine zu einem zentralen Schlachtfeld des in Deutschland sogenannten „Russlandfeldzuges“ – und zu einem der Schauplätze des nun beginnenden Völkermords an den Jüdinnen und Juden. Einsatzgruppen der SS töten bereits in den ersten Wochen zahlreiche Menschen; wenig später wurden auch Frauen, Kinder und ganze Gemeinden Opfer dieser Gewalt. Schon vor der Wannseekonferenz im Januar 1942 hatten die Mordeinheiten Hunderttausende erschossen. Insgesamt stammte der größte Teil der während des Krieges getöteten jüdischen Bevölkerung aus Polen und den besetzten Gebieten der Sowjetunion, darunter mehr als 1 Million Menschen aus der Ukraine.

Viele dieser Verbrechen fanden unmittelbar vor Ort auf dem Gebiet der heutigen Ukraine statt. So wurden Ende August 1941 nahe Kamjanez-Podilskyj 23.000 jüdische Menschen ermordet. Wenige Wochen später führten die deutschen Mordeinheiten in der Schlucht von Babyn Jar am Stadtrand von Kyjiw das vermutlich größte Einzelmassaker der nationalsozialistischen Besatzungszeit durch: Am 29. und 30. September 1941 wurden dort 33.771 jüdische Männer, Frauen und Kinder erschossen. Bis zum Abzug der deutschen Besatzer im Herbst 1943 verloren an diesem Ort bis zu 100.000 Menschen ihr Leben, darunter sowjetische Kriegsgefangene, Roma sowie weitere Verfolgte. Babyn Jar steht damit stellvertretend für die Zerstörung jahrhundertealter jüdischer Lebenswelten sowie für die Verfolgung und Ermordung weiterer Opfergruppen des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges in der Ukraine und in ganz Osteuropa. Die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands auf dem Gebiet der heutigen Ukraine und in den weiteren Republiken der ehemaligen Sowjetunion fanden in der deutschen Erinnerungskultur lange nicht die Aufmerksamkeit, die ihrer historischen Bedeutung entspricht. Viele Opfer und ihre Nachkommen blieben über Jahrzehnte weitgehend unsichtbar. Die Aufarbeitung dieser blinden Flecken bleibt eine zentrale Aufgabe deutscher Erinnerungspolitik. Babyn Jar steht auch symbolisch für die tragende Rolle der deutschen Wehrmacht bei der Ermordung des osteuropäischen Judentums. Walter von Reichenau, Oberbefehlshaber der Sechsten Armee, die Kyjiw miterobert hatte, war direkt an der Vorbereitung des Massenmords an der jüdischen Bevölkerung beteiligt. Zuvor hatte er im August 1941die Ermordung von 90 jüdischen Kindern in Bila Zerkwa angeordnet. An den Verbrechen waren neben deutschen Einheiten auch lokale Kräfte beteiligt, wie es in vielen besetzten Regionen der Fall war. Zugleich verfolgten verschiedene ukrainische Gruppierungen eigene Ziele, insbesondere das Streben nach Unabhängigkeit von der sowjetischen Herrschaft. Diese Hoffnungen wurden jedoch von der nationalsozialistischen Politik enttäuscht, die keinerlei eigenständigen ukrainischen Staat vorsah. Die historischen Akteure und Bewegungen jener Zeit werden bis heute unterschiedlich bewertet. Sie sind und bleiben Teil komplexer erinnerungspolitischer Debatten und bedürfen fortdauernder Aufarbeitung.

Der Vernichtungskrieg des nationalsozialistischen Deutschlands im Osten Europas richtete sich nicht allein gegen die jüdische Bevölkerung. Auch große Teile der slawischen Bevölkerung waren von systematischer Gewalt, Ausbeutung und Vertreibung betroffen. Die Ukraine spielte als landwirtschaftlich bedeutende Region eine zentrale Rolle in den Expansionsplänen des NS-Regimes und wurde daher besonders stark ausgeplündert. Millionen Menschen litten unter Hunger, Zwangsarbeit und Deportationen. Ein erheblicher Teil der Kriegsopfer der Ukraine waren Zivilistinnen und Zivilisten.

Hunderttausende Menschen wurden zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt und mussten dort unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten. Nach ihrer Rückkehr in die Sowjetunion wurden viele von ihnen erneut verfolgt und stigmatisiert. Auch sowjetische Kriegsgefangene waren extremen Bedingungen ausgesetzt; ein großer Teil von ihnen überlebte die Gefangenschaft nicht.

Die Geschichte der Ukraine im 20. Jahrhundert ist damit eine Geschichte von Gewalt, Leid und Verlust, aber auch von Erinnerung und dem fortdauernden Bemühen um Aufarbeitung. Ein sensibles und differenziertes Verständnis dieser Vergangenheit bleibt eine wichtige Voraussetzung für ein respektvolles Gedenken und eine gemeinsame europäische Erinnerungskultur.

II. Der Deutsche Bundestag erklärt:

Deutschland bekennt sich zu seiner besonderen historischen Verantwortung gegenüber der Ukraine und den weiteren Ländern Mittel- und Osteuropas.

Wir gedenken den Opfern des deutschen Nationalsozialismus. Wir gedenken den Opfern von Babyn Jar. Das Massaker von Babyn Jar, das sich in diesem Jahr zum 85. Mal jährt, war eine von NS-Deutschland organisierte und durchgeführte Massenerschießung, die zu den größten Mordaktionen des Holocaust zählt und heute ein besonders grausam herausragendes Zeugnis der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik und der barbarischen Kriegsverbrechen der deutschen Nazi-Diktatur in Osteuropa darstellt.

Die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus ist nicht allein eine historische Verpflichtung. Sie stärkt das demokratische Bewusstsein und wirkt Antisemitismus, Rassismus, Geschichtsrevisionismus und anderen menschenfeindlichen Ideologien entgegen. Die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen in der Ukraine und den weiteren Staaten Mittel- und Osteuropas ist Teil unseres gemeinsamen europäischen Gedächtnisses. Sie muss dauerhaft einen sichtbaren Platz in der deutschen Erinnerungskultur erhalten.

Im Lichte des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine, der zugleich ein Angriff auf unsere gemeinsame europäische Friedens-, Sicherheits- und Werteordnung darstellt, setzt sich der Bundestag weiter dafür ein, dass für imperiales Großmachtstreben und Unterdrückung in Europa kein Platz mehr sein wird.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. mittels intensiverer Bildungsarbeit und Kulturprojekten in der Ukraine und in Deutschland, Erinnerungsdialoge und ein verantwortungs- und würdevolles Gedenken und Erinnern an die deutsch-ukrainische Geschichte zu fördern, insbesondere die Vermittlung der Geschichte des deutschen Vernichtungskrieges in der Ukraine, die Dokumentation von Zeitzeugenberichten sowie den Austausch zwischen Gedenkstätten, Museen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu stärken;
2. die Ukraine auf allen Ebenen weiter und stärker bei der Verteidigung ihres Rechts auf Selbstbestimmung, ihrer Unabhängigkeit, ihrer Freiheit, ihrer territorialen Integrität und ihrer Souveränität zu unterstützen;
3. die Ukraine als Opfer des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands stärker politisch, finanziell, humanitär und militärisch zu unterstützen.

Berlin, den 22. September 2026

Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.bundesanzeiger-verlag.de
ISSN 0722-8333